



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.

Stand vom 28.08.2025 15:30:07 bis 07.11.2025 13:11:37

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000810
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	28.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	17.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Kochstraße 6-7 10969 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493072619990 E-Mail-Adressen: info@bvbaustoffe.de Webseiten: www.baustoffindustrie.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

440.001 bis 450.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,60

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Dominik von Achten**

Funktion: Präsident

2. Thomas Bremer

Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):**1. Dr. Matthias Frederichs****2. Christian Engelke****3. Tanja Lenz****4. Wolf Müller****5. Dr. Berthold Schäfer****6. Luke Voutta****7. Adam Aach****Gesamtzahl der Mitglieder:**

30 Mitglieder am 03.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (12):

1. Bundesverband der Deutschen Industrie
2. Deutsches Verkehrsforum
3. Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb
4. Forum für Zukunftsenergien
5. Gesprächskreis Baustofffachhandel / Baustoffindustrie
6. Pro Mobilität
7. Wirtschaftsforum der SPD
8. Wirtschaftsrat der CDU
9. Gesellschaft für Umweltrecht
10. Energieintensive Industrien in Deutschland
11. Impulse für den Wohnungsbau
12. Wirtschaftsvereinigung der Grünen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (15):**

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Bauwesen und Bauwirtschaft; Wohnen; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden, bbs, ist der Dachverband der mineralischen Roh- und Baustoffindustrie. Die Branche gewinnt mineralische Rohstoffe und verarbeitet diese zu hochwertigen Vorprodukten für die Bauwirtschaft sowie weitere Abnehmer z.B. in der Chemie- oder Stahlindustrie.

Basis der Arbeit des bbs ist es, die gemeinsamen Belange der deutschen Baustoffwirtschaft durch Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern sowie innerhalb und außerhalb der Industrieverbände, NGOs und Gewerkschaften zu wahren und zu fördern.

Durch Stellungnahmen, Positionspapiere und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes, der Bundesministerien sowie Mitgliedern des Deutschen Bundestages wird der unmittelbare Kontakt gesucht, um diesen Kreis über die Herausforderungen und Potentiale der Baustoffwirtschaft zu informieren und um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Im Mittelpunkt der Interessenvertretung stehen dabei Impulse für Wirtschafts- und Klimapolitik, für Bau- und Umweltpolitik sowie Fragen der Nachhaltigkeit.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Nature Restoration Law, Keine Einführung nationaler Wiederherstellungspläne für die Natur**

Beschreibung:

Überregulierung, insbesondere im Bereich der FFH Richtlinie durch das NRL soll verhindert werden. Nationale Wiederherstellungspläne verursachen bürokratischen Mehraufwand ohne Nutzen für die Natur und sollten daher nicht verwirklicht werden. Die in dem NRL angelegte mittelfristige Produktionseinschränkung für die Rohstoffwirtschaft ist zu vermeiden.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

2. **Soil Monitoring Law, Verzicht auf eine europäische Regelung des Bodenschutzrechtes auf EU-Ebene**

Beschreibung:

Einführung eines europäischen Bodenschutzrechtes ist nicht erforderlich. Nationales Recht ist vorrangig und ausreichend.

Betroffenes geltendes Recht:

BBodSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

3. EnEfG, Ablehnung verkürzter Umsetzungfristen

Beschreibung:

Verkürzte Umsetzungfrist für Endenergieeinsparmaßnahmen wird abgelehnt. Wegfall der Zertifizierungspflicht für Umsetzungspläne, Anhebung der Schwellenwerte, Überführung einer Bagatellschwelle ins Gesetz wird begrüßt

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404240009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. TEHG-Novelle jetzt!

Beschreibung:

Die bis zum 01.01. bzw. 30.06.2024 umzusetzende, novellierte ETS-Richtlinie ist bisher noch nicht in nationales Recht umgesetzt. Hierdurch entsteht Planungsunsicherheit für die betroffenen Unternehmen. Mit einem Schreiben soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, nunmehr zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Betroffenes geltendes Recht:

TEHG 2011 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407020001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

5. Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG) sowie zur Änderung des
Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG)

Beschreibung:

Der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. (bbs) die Referentenentwürfe zur Anpassung des Treibhausgas Emissionshandelsgesetzes (TEHG) sowie zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG). Der bbs unterstützt eine zügige Umsetzung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13585 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TEHG 2011 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408190007 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

6. Reform der Stromsondernetzentgelte für die Industrie durch die BNetzA

Beschreibung:

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat ein Eckpunktepapier für eine Reform der Sondernetzentgelte der Industrie (§ 19 Abs. 2, Satz 1 und 2, StromNEV) veröffentlicht. Aus Sicht der BNetzA ist diese geboten, um den Anforderungen des deutschen Stromsystems gerecht zu werden, das inzwischen von einem hohen Anteil dezentraler und volatiler Stromerzeugung geprägt ist. Die „Eckpunkte zur Fortentwicklung der Industrienetzentgelte im Elektrizitätsbereich“ richten den Blick im Wesentlichen auf die Mobilisierung weiterer

Flexibilitätspotenziale, lassen dabei aber die Frage außer Acht, wie im Zuge der Energiewende auch mittel- und langfristig wettbewerbsfähige Netzentgelte für die Industrie sichergestellt werden können.

Betroffenes geltendes Recht:

StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410070006 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Positionierung der Baustoff-Steine-Erden-Industrie zur Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

Die aktuelle Bau- und Wirtschaftskrise erfordert ein zügiges politisches Handeln, damit die Konjunktur in Deutschland wieder an Schwung gewinnt. Dafür müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass industrielle Wertschöpfung am Standort Deutschland erhalten bleibt. Wir brauchen daher

- eine umfassende baupolitische Investitionsagenda,
- ein Bekenntnis zu heimischer Rohstoffgewinnung und Kreislaufwirtschaft sowie
- keine Übererfüllung europäischer Vorgaben ("Gold Plating").

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]; StromPBG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412110009 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Beschreibung:

Ziel ist die Schaffung von neuen Wohnungen durch Abweichungen von den Bestimmungen des BauGB zu beschleunigen. Die aktuellen Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt, eine viel zu geringe Neubautätigkeit und immer längere Planungs- und Bauprozesse zeigen, dass großer Handlungsbedarf besteht. Entsprechend ist der Gesetzentwurf für die Erreichung der wohnungsbaupolitischen Ziele der Bundesregierung von großer Bedeutung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Datum des Referentenentwurfs: 20.05.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506100004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

9. Den Einsatz der CO2-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung (CCUS) inkl. des Transports in Deutschland im industriellen Maßstab ermöglichen.

Beschreibung:

Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich die Vertragsstaaten, darunter auch Deutschland, dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C zu halten sowie Anstrengungen zu unternehmen, ihn auf 1,5 °C zu begrenzen. Gemäß § 3 Absatz 2 des KSG muss Deutschland bis 2045 Netto-Treibhausgasneutralität erreichen. Nach

dem Jahr 2050 sollen negative Treibhausgasemissionen erreicht werden. Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Gesteinsschichten sind hierfür unverzichtbar.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG)

Datum des Referentenentwurfs: 29.05.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507070009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften (Umweltrechtsbehelfsgesetz)

Beschreibung:

Die Ziele des Koalitionsvertrags, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und das Verbandsklagerecht zu straffen, werden begrüßt, ebenso das Anliegen, die Gewinnung heimischer Rohstoffe unter Wahrung von Umwelt- und Sozialstandards rechtlich zu erleichtern. Eine vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragte EY-Studie prognostiziert Versorgungsrisiken für die nächsten 25+ Jahre. Nach Aussage der Studie leistet das Verbandsklagerecht hierzu einen entscheidenden Beitrag. Denn die derzeitige zulassungsbezogene Handhabung des Verschlechterungsverbots und des Verbesserungsverbots durch die Rechtsprechung führen das Wasserrecht in Deutschland an die Schwelle der Nichtvollziehbarkeit. Daher sind die Rechtsschutzmöglichkeiten zu prüfen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften (2025) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.07.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UmwRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508130013 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

11. Beibehalt des Kundenanlagenprivilegs gemäß § 3 Nr. 24a/b EnWG**Beschreibung:**

Branchenübergreifende Initiative für einen rechtskonformen, praxisgerechten Beibehalt des Kundenanlagenprivilegs gemäß § 3 Nr. 24a/b EnWG, das die Besonderheiten von Werksnetzen berücksichtigt. Denkbar ist hier eine Ausnahmeregelung oder Bagatellgrenze, die Anlagen zur industriellen Eigenversorgung auch weiterhin von den Pflichten klassischer Verteilnetzbetreiber befreit.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508280011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.980.001 bis 1.990.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V.
2. Verein Deutscher Zementwerke e. V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[10239_EAR-2024-fuer-Lobbyregister.pdf](#)